

**GEMEINSAM STARK
FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA**

**- Positionspapier der Jungen Union Kreisverband Tübingen zur Bundestagswahl
2017 -**

1

1. Im Herzen Europäer

2 1.1. Der Traum von Europa

3 „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist
4 heute eine Notwendigkeit für uns alle“ - die Worte Konrad Adenauers sind für uns als Junge
5 Union heute aktueller als jemals zuvor. Während unsere Generation das Glück hat, in Frieden
6 aufzuwachsen und die Segen der Europäischen Union als Selbstverständlichkeiten Einzug in
7 unsere Leben gefunden haben, steht nun die Union vor existenziellen Herausforderungen. Der
8 Finanzkrise mit ihren drastischen Auswirkungen schloss sich die Schuldenkrise an. Die Invasion
9 Russlands in der Ukraine und die Herausforderungen durch die Flüchtlingsströme sind bisher
10 ungelöst. Die Realität zeigt jedoch, dass mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedsstaat die
11 Union verlassen hat und in vielen weiteren Ländern die Bevölkerung große Zweifel an der
12 politischen Union Europas hegt. Über diese bedenkliche Entwicklung können wir nicht
13 hinwegsehen, sondern müssen uns ihr offen stellen.

14 Das Projekt Europäische Union ist dringend reformbedürftig, um den Zusammenhalt der
15 Mitgliedsstaaten zu stärken und den Fortbestand der Union zu sichern. Notwendig sind eine
16 Neuordnung der Europäischen Gesetzgebung sowie eine klare Definition der Kompetenzen der
17 einzelnen Organe.

18 1.2. Grenzsicherung

19 Eine gemeinsame Sicherung der europäischen Außengrenzen ist zwingend erforderlich, um den
20 Schengen-Raum und dessen Sicherheit langfristig nicht zu gefährden und eine kontrollierte
21 Einreise in die Europäische Union gewährleisten zu können. Deshalb fordern wir die Stärkung
22 von FRONTEX.

23 1.3. Gemeinsam gegen Terror

24 Die Junge Union Tübingen fordert einen besseren Daten- und Informationsaustausch der
25 unterschiedlichen europäischen und nationalen Sicherheitsbehörden zur gemeinsamen
26 Terrorismusbekämpfung sowie die Stärkung der Polizeibehörde Europol.

27 1.4. Gemeinsame Verteidigung

28 Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Armee. Um dieses Ziel langfristig zu erreichen,
29 soll die Zusammenarbeit der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten intensiviert werden. Dadurch

30 kann der Frieden innerhalb Europas weiter gesichert und die Abschreckungswirkung nach
31 außen erhöht sowie die Effizienz der Streitkräfte gesteigert werden.

32 **1.5. Eine zukunftsfähige Europäische Union**

33 Ein attraktives Europa kümmert sich nicht um alles, sondern lässt auch regionale Unterschiede
34 zu. Schon aus unserem Grundverständnis der Subsidiarität heraus leitet sich ab, dass
35 grundsätzlich die jeweils kleinstmögliche Einheit für eine Aufgabe zuständig sein soll.
36 Gleichzeitig sollten Aufgaben, die die gesamte Europäische Union betreffen, auch auf
37 europäischer Ebene entschieden werden. Jede Zuständigkeitsebene – die europäische, die
38 nationale, die regionale und die kommunale – soll ihre Befugnisse entsprechend ihrer jeweiligen
39 gesetzlich bestimmten Verantwortung wahrnehmen. Das Bewusstsein für subsidiäre Strukturen
40 muss auch in eher zentralistisch organisierten Nationalstaaten und in der europäischen Politik
41 weiter wachsen.

42

2. Innen- und Asylpolitik

43 2.1. Asylpolitik

44 Aus unserem Selbstverständnis als christlich-demokratische Partei sprechen wir uns für eine
45 offene Gesellschaft aus und bieten Hilfesuchenden Schutz und Unterstützung.

46 Dies erhält, wer einen Rechtsanspruch auf Asyl hat oder sich auf einen anderen gesetzmäßigen
47 Schutzgrund berufen kann und nicht aus einem sicheren Drittstaat einreist. Hier ist geltendes
48 Recht und Gesetz konsequent umzusetzen.

49 Des Weiteren fordern wir, dass Asylverfahren auch zukünftig weiterhin beschleunigt und
50 bundesweit vereinheitlicht werden, um den "Status" eines Schutzsuchenden schnellstmöglich zu
51 klären.

52 Haben sich Asylbewerber oder Flüchtlinge schwerer Straftaten strafbar gemacht, müssen diese
53 konsequent verurteilt und abgeschoben werden. Stellen diese eine Gefahr für die öffentliche
54 Sicherheit und Ordnung dar, haben sie ihr Recht verwirkt, in Deutschland zu bleiben.

55 Menschen, denen kein Bleiberecht zusteht, sind konsequent und schnell abzuschieben. Hiervon
56 dürfen auch Länder, die nur partiell als einigermaßen sicher einzustufen sind, nicht generell
57 ausgenommen werden. Andernfalls wird die Akzeptanz der Aufnahme von tatsächlich
58 Schutzbedürftigen massiv gefährdet, was in jedem Falle zu vermeiden ist.

59 Seit Jahren belegen Abschiebezahlen eine unterschiedliche Rechtsanwendung durch die Länder.
60 So droht ein Asyltourismus innerhalb Deutschlands. Diesem Missstand kann effektiv begegnet
61 werden, wenn der Abschiebevollzug in Bundeshand gegeben wird. Eine zentrale Bündelung der
62 Kompetenzen führt zu einer gleichmäßigen Abschiebepaxis und zu konsequentem Vollzug.

63 Zudem müssen für Personen mit Bleiberecht integrationsfördernde Maßnahmen weiter
64 ausgebaut und entbürokratisiert werden.

65 2.2. Zuwanderung

66 Unter Zuwanderung verstehen wir die geregelte Arbeitsmigration in die Bundesrepublik
67 Deutschland und nach Europa. Die Anträge hierfür sind in den jeweiligen Heimatländern zu
68 stellen. Nach Europa und Deutschland darf nur kommen, wer einen positiven Bescheid erhalten
69 hat. Andernfalls öffnet man der illegalen Migration Tür und Tor.

70 Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist zunächst zeitlich zu befristen. Außerdem hat sich
71 eine solche Zuwanderung ausschließlich nach der Nachfrage an Arbeitskräften in Deutschlands
72 und Europa zu richten. Hierfür sind klare Kriterien zu entwickeln. Wir fordern deshalb ein
73 Zuwanderungsgesetz.

74 **2.3. Maßnahmen der Inneren Sicherheit**

75 Die Videoüberwachung öffentlicher Orte, v.a. sogenannter Brennpunkte, ist auszuweiten. Die
76 Auswertung und Nutzung von hierdurch erlangten Daten darf stets nur auf richterliche
77 Anordnung hin geschehen.

78 Des Weiteren müssen Polizei, Verfassungsschutz und Justiz personell und materiell weiter
79 verstärkt sowie untereinander besser vernetzt werden.

81 **3.1. Soziale Marktwirtschaft**

82 Die Soziale Marktwirtschaft ist unserer Ansicht nach allen anderen bekannten
83 Wirtschaftsmodellen überlegen und wird einer pluralistischen Gesellschaft, wie wir sie in
84 Deutschland haben, am besten gerecht. Dabei bleibt es aber stets ein Balanceakt, dem freien
85 Markt genug Raum zu geben und zugleich staatliche Regulierungen, die notwendig sind,
86 bewusst, aber nicht inflationär, einzusetzen. Hierbei ist stets dem Ansatz zu folgen: So viel Markt
87 wie möglich, so viel Staat wie nötig.

88 **3.2. Bildung von Monopolen**

89 Einen falschen Ansatz sehen wir hier in der vermeintlich guten Intention, Arbeitsplätze zu
90 sichern, aber im selben Zug die Bildung von Monopolen zuzulassen. Nicht umsonst haben wir
91 ein Kartellamt, dessen Einschätzung zu achten ist. Vorstöße auf Eigeninitiative, wie sie der
92 ehemalige Wirtschaftsminister Gabriel im Falle Kaiser's Tengelmann getroffen hat, die auf
93 Fusionen abzielen, scheinen kurzfristig attraktiv, führen aber langfristig zu einer schlechteren
94 Stellung des Konsumenten - folglich also aller Bürger - und sind darum abzulehnen.

95 **3.3. Sanktionierung von Fehlverhalten**

96 Soziale Marktwirtschaft darf nicht bedeuten, dass Misswirtschaft nicht sanktioniert wird, weil
97 im Zweifelsfall der Staat als Versicherung einspringt. Natürlich ist es aufgrund der Sparguthaben
98 der Kunden aus politischer Sicht schwierig beispielsweise eine große Bank Pleite gehen zu
99 lassen. Einzelne Verantwortliche müssen allerdings verstärkt zur Rechenschaft gezogen werden
100 können. Hierfür braucht es mehr gesetzliche Legitimation, damit bei nachweislichem
101 Fehlverhalten wirkliche Konsequenzen folgen.

102 **3.4. Keine neuen Schulden**

103 Es bedarf eines stärkeren Bewusstseins, dass sozialmarktwirtschaftliches Handeln möglichst
104 nicht durch das Aufnehmen von Schulden geschehen darf. Es gilt, sich auch im Hinblick auf die
105 kommende Generation sozial zu verhalten und darum keinen Schuldenberg zu hinterlassen. In
106 wirtschaftlich guten Zeiten, in denen bereits reichlich in die Zukunft investiert wurde, sind neue
107 Schulden zugunsten von noch mehr Investitionen, wie es die SPD, die Grünen und die Linken
108 regelmäßig fordern, widersinnig und darum abzulehnen. Auch Steuererhöhungen wären in der
109 gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Lage äußerst paradox und keinem Bürger zu vermitteln.

110 **3.5. Mindestlohn**

111 Der Mindestlohn hat sich, insbesondere aufgrund der hervorragenden wirtschaftlichen
112 Entwicklung in den letzten Jahren, nicht negativ auf die Arbeitslosenzahlen ausgewirkt.
113 Nichtsdestotrotz braucht es in der Anwendung ein größeres Differenzierungsvermögen. So
114 leiden vielfach insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unter der überbordenden
115 Bürokratie, die das Mindestlohngesetz mit sich gebracht hat. Diese ist dringend auf ein
116 akzeptables Maß zu reduzieren.

117 Eine temporäre Aufhebung des Mindestlohns für bestimmte Personengruppen (z.B.
118 Asylbewerber) ist ferner sinnvoll, gerade auch vor dem Hintergrund, die Integration in den
119 Arbeitsmarkt schneller zu ermöglichen.

120 **3.6. Wohnraum & Mietpreisbremse**

121 Wie gutgemeinte Regulierung völlig falsch laufen kann, zeigt eindrücklich die
122 „Mietpreisbremse“. In diesem Punkt sollten sich vor allem die Sozialdemokraten eingestehen,
123 dass dieser Eingriff schlicht nichts gebracht hat. Die angestrebte Senkung der
124 Durchschnittsmieten ist nicht eingetreten und im gleichen Zuge wurde ein weiteres
125 bürokratisches Monstrum geschaffen, was in den freien Markt eingreift, aber keinerlei sozialen
126 oder anderweitigen Nutzen hat. Wir lehnen folglich eine solche rein populistische und nur auf
127 das Erhaschen von Wählerstimmen ausgerichtete Symbolpolitik der linken Parteien entschieden
128 ab.

129 Vielmehr muss der erforderliche preisgünstige Wohnraum durch eine wirtschaftlich
130 attraktivere Förderung des sozialen Wohnungsbaues erreicht werden.

131 **3.7. Moralische Wirtschaft**

132 Nur die Soziale Marktwirtschaft kann nachhaltig den Zusammenhalt unserer Gesellschaft
133 gewährleisten. Dies setzt voraus, dass jede politische Entscheidung auf einer gesunden
134 Wertevorstellung im Sinne unseres Grundgesetzes und unserer westlichen Kultur basieren muss
135 und nicht reinem Profitdenken folgen darf. Folglich sind unethische Finanzgeschäfte zu
136 unterbinden sowie Waffenlieferungen an Staaten, die die Einhaltung von Menschenrechten nicht
137 in ausreichendem Maße gewährleisten, stets kritisch zu betrachten.

138 **3.8. Digitalisierung**

139 Bei der Digitalisierung braucht es eine massive Bildungsoffensive, damit nicht ein beträchtlicher
140 Teil der Gesellschaft, aufgrund der Schnelligkeit des technischen Fortschritts, abgehängt wird.
141 Das bedeutet, dass Bildungseinrichtungen aller Art mit zeitgemäßer digitaler Infrastruktur
142 ausgestattet werden müssen.

143 Ein Schulfach zur Entwicklung digitaler Medienkompetenz sollte nach Möglichkeit im Lehrplan
144 verankert und hierfür die nötigen Stellen geschaffen und finanziert werden.

145 **3.09. Bürokratieabbau durch Digitalisierung**

146 Die Digitalisierung bietet unglaublich viele Möglichkeiten, den Bürokratieabbau in unserem
147 Land voranzubringen. Die Archivierung wie auch die Erfassung neuer Daten sollte bei allen
148 staatlichen Ämtern in naher Zukunft überwiegend digital stattfinden. Um Wartezeiten zu
149 verkürzen, muss es möglich sein, Formulare und Anträge jeder Art auch online zu bearbeiten
150 und einzureichen.

151 **3.10. Förderung der Start-Up-Kultur**

152 Im Zuge der Digitalisierung gilt es, auch die Start-Up-Kultur in Deutschland zu fördern. Gerade in
153 urbanen Gegenden muss die Politik gute Rahmenbedingungen schaffen, indem sie jungen
154 Unternehmen steuerliche und finanzielle Anreize bietet. Der bürokratische Aufwand zur
155 Unternehmensgründung muss weiter gesenkt und die notwendige Infrastruktur dafür
156 geschaffen werden.

157 Ferner ist es insbesondere an den staatlichen Bildungseinrichtungen ein „Gründungsklima“ zu
158 schaffen und zu propagieren. Attraktive Projektarbeiten, die vom Staat finanziert werden und
159 eine Option auf ein Stipendium beinhalten, sind mögliche Ansätze, um früh kreative Köpfe für
160 die Selbstständigkeit zu begeistern. Grundsätzlich bedarf es aber vor allem eines
161 gesellschaftlichen Wandels: Es ist nicht schlimm zu scheitern, sondern nur es nie versucht zu
162 haben.

163

4. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

164 4.1. Förderung von zusammenhängenden Verkehrsverbänden

165 Die Junge Union Tübingen spricht sich für die weitere Schaffung sowie die Ausweitung von
166 bundesländerweiten Verkehrsverbänden in Deutschland aus. Dadurch wird die Mobilität, vor
167 allem auch von jungen Menschen, die sich in der Ausbildung oder in der beruflichen
168 Anfangsphase befinden, gefördert. Zudem soll bzw. muss durch diese Maßnahmen auch
169 finanzielle Belastung reduziert werden.

170 4.2. Breitbandausbau

171 Die Junge Union Tübingen befürwortet den flächendeckenden Breitbandausbau, vor allem im
172 ländlichen Bereich, um die Teilnahme aller am (digitalen) Fortschritt sicherzustellen. Dabei
173 müssen schnelle Glasfaserverbindungen geschaffen werden, um Unternehmen wie auch
174 privaten Haushalten stets optimale Bedingungen zu verschaffen, um in der digitalisierten
175 Wirtschaft der Zukunft bestehen zu können.

176 4.3. Netzpolitik

177 Für die Junge Union Tübingen stellt die generelle und uneingeschränkte Informationsfreiheit ein
178 sehr hohes Gut dar und muss deshalb unablässig verteidigt bleiben. Die Verbreitung von
179 Hassbeiträgen und Falschnachrichten ist jedoch im rechtlich möglichen Rahmen gezielt zu
180 bekämpfen und die Verfasser derer außerdem mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verfolgen,
181 sofern sie sich im Rahmen strafbarer Handlungen bewegen.

182

5. Gesundheits- und Sozialpolitik

183 5.1. Demographischer Wandel als Herausforderung

184 Dauerhaft niedrige Geburtenraten und eine längere Lebenserwartung verändern die
185 Altersstruktur unserer Gesellschaft. Der demographische Wandel stellt unseren Sozialstaat vor
186 enorme Herausforderungen. Um einen leistungsfähigen Sozialstaat zu erhalten, muss diese
187 demographische Realität erkannt werden. Die Folgen der demographischen Veränderungen
188 dürfen auch nicht einseitig zu Lasten der jüngeren beitragszahlenden Generationen gehen. Denn
189 die Auswirkungen werden besonders im Gesundheits-, Pflege- und Rentenbereich spürbar sein.
190 Die Junge Union Tübingen fordert deshalb, neben alle anderen möglichen Formen der
191 Absicherung, eine finanzielle Stärkung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, um
192 ein zukunftsfähiges und bezahlbares Gesundheitssystem in Deutschland zu gewährleisten.

193 5.2. Generationengerechtigkeit

194 Die Generationengerechtigkeit verknüpft die Bedürfnisse der heutigen Generation mit den
195 Lebenschancen der künftigen Generationen. Die wichtigsten Säulen der
196 Generationengerechtigkeit stellen für uns ein faires Rentensystem, ausgeglichene öffentliche
197 Haushalte, eine verbindliche Vorgabe zur Vermeidung neuer Schulden sowie die konsequente
198 Rückzahlung von alten Schulden dar.
199 Aus unserer Sicht sollte das komplette Rentensystem auf seine Vereinbarkeit mit der heutigen
200 Lebens - und Arbeitswelt überprüft werden. Das Hauptaugenmerk muss auf der Errichtung
201 eines flexiblen und auf die jeweiligen Lebensentwürfe anpassbaren Vorsorgesystems liegen.
202 Die Junge Union Tübingen fordert deshalb, die Rentenpolitik besser auf die Anforderungen der
203 jungen Generation, mit zum Teil vielen beruflichen Wechseln, auszurichten und im Rahmen
204 dessen die gesetzliche Rentenversicherung entsprechend zu stärken.